

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.25 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 693.

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Pettzeile 1.25 Mk. — Die 7 gespaltene Pettzeile mit Plagovorschrift 1.50 Mk. — Die 7 gespaltene Pettzeile Familiennachrichten 1.10 Mk. — Die 7 gespaltene Pettzeile 5.— Mk. Auf vorliegender Preisse wird noch ein Feuerungszuschlag von 25 Prozent berechnet. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4306 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Baltikumer in Junkerfeld.

Die Rüstung der Gegenrevolution.

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Mit welcher Umsicht die Grundbesitzer in Deutschland die Gegenrevolution betreiben, davon legen die Nachrichten Kunde ab, die in den letzten Wochen über die Aufnahme bewaffneter Baltikumer bei den pommeresischen Junkern berichten. Aber auch in der Umgegend Berlins wird der Freiheit ausfolge eifrig gerichtet. So wurden vor einigen Tagen auf dem Rittergut des Freiherren von Wertheim bei Großbeeren umfangreiche Waffenfunde gemacht. Auf dem freisiegelhaften Gute waren längere Zeit hindurch mehrere Baltikum-Soldaten, in der Hauptstadt Offiziere, untergebracht. Ihr ganzes Waffensortiment wurde im Walde vergraben. Ausgrabungen, die auf eine Rettung hin unternommen wurden, haben bisher 4 schwere Maschinengewehre, etwa 400 Rifen Infanterie-Munition und 150 Rifen Maschinengewehr-Munition zutage gebracht. Die Ausgrabungen werden fortgesetzt, da auch noch zwei Handiken und zwei Minenwerfer vergraben sein sollen. Auch in Zietzen wurden auf einem obliken Rittergut Waffen zutage gefördert. Man fand dort im Walde vergraben 4 Minenwerfer, 80 Infanteriegewehre, 8 Minenwerfer-Maschinengewehre, 25 bis 30 schwere und leichte Maschinengewehre, sowie etwa 20 Rifen mit je 4 bis 8 Minen und eine große Menge sonstiges Heeresmaterial. Die Freiheit bemerkt dazu: „Die Vorgänge sind dem Reichsministerium bekannt. Wir wollen abwarten, was Herr Noke dagegen unternimmt. Wenn ein Arbeiter eingesperrt wird, der einen verurteilten Revolver verleiht hat, möchte man annehmen, daß auch denen die Kanne einschritten wird, die sich repräsentative Waffenlager anlegen, deren Zweck für jedermann klar ersichtlich ist.“

ziefbewußt den schändlichen Massenmord der Gegenrevolution in Ungarn.

Lenins Bedingung.

Dem Kongreß der französischen Sozialisten zu Straßburg ist telegraphisch ein Brief Lenins an Louquet zugegangen. Lenin erklärt, die Aufnahme der französischen Sozialistischen Partei in die Moskauer Internationale könne nur unter der Bedingung vor sich gehen, daß Leute wie Albert Thomas, Sembat und Brade aus der Partei ausgeschlossen würden.

Frankreich und die deutschen Kohlenlieferungen.

Berlin, 28. Februar. Die Franzosen haben in den Verhandlungen über die Kohlenlieferungen in den letzten Tagen das Recht für sich in Anspruch genommen, die nach Mahgabe des Friedensvertrages zu liefernden Kohlenmengen nicht mehr an der Landesgrenze, sondern unmittelbar an den Gruben abholen zu dürfen. Ferner erheben sie den Anspruch, daß alle auf die Halben gestützten Kohlen ihren gehören.

Rücktritt Amerikas vom Versailler Vertrag?

London, 28. Februar. Laut einer Neuemeldung hat Präsident Wilson in seiner Note gegen die englisch-französische Abkante vom 14. Februar Einspruch erhoben und erklärt, er müsse die Zurückziehung des Versailler Friedensvertrages und des Vertrags mit Frankreich aus dem Senat ernstlich in Erwägung ziehen. Er fragt, ob es die Absicht Großbritanniens und Frankreichs sei, in Zukunft die verschiedenen europäischen Fragen zu erledigen. In diesem Falle müßten sie das Ergebnis den Vereinigten Staaten mitteilen. Haag, 27. Februar. Telegramm meldet aus Washington, daß der Senat fast einstimmig den republikanischen Vorschlag zum Friedensvertrag, durch den die Vereinigten Staaten der Mandatsverpflichtung entzogen werden, angenommen hat.

Die Auslieferung der deutschen Schiffe.

Berlin, 28. Februar. (Z. U.) Um die Ausführung der Anlage 3 im Artikel 298 des Friedensvertrages in die Wege zu leiten, befolgt sich heute eine deutsche Kommission von 21 Mitgliedern unter Leitung des Geh. Legationsrats Seliger nach London. In der genannten Anlage sind die Bestimmungen über die Auslieferung der Handels-, Fischerei- und Binnenfahrtschiffe und über die Pflichten der Kapitane enthalten.

Zu der Meldung eines dänischen Blattes, daß mit der bevorstehenden Abstimmung über die eventuelle Abtretung zugleich über die Rückgabe der Mecklenburger Handelsflotte entschieden werde, schreibt die Deutsche Allgemeine Zeitung, daß es sich bei dieser Meldung um ein Agitationsmanöver der Dänen handle. In Wirklichkeit sei über das Schicksal der Schiffe noch nicht entschieden worden.

Gesetz wegen der Aburteilung der Kriegsverbrecher.

Aus Berlin wird gemeldet, daß das erste der Gesetze, die wegen der Verweisung der Aburteilung der „Kriegsschuldigen“ vor das Reichsgericht erforderlich geworden sind, den Reichsrat passiert hat. Es wird in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehen. Es handelt sich dabei um einen Entwurf, durch den verschiedene seit der Revolution erlassene Amnestien aufgehoben werden für alle Personen, die auf der Auslieferungsliste der Entente stehen. Nur dadurch kann überhaupt der Weg freigemacht werden, der dem Reichsgericht ein Eingreifen ermöglicht.

Die türksche Frage.

Nach einer Meldung des Amsterdamer Telegraf aus London erklärte Lloyd George auf Anfragen im Unterhause, mit der Vertreibung des Sultans aus Konstantinopel seien sowohl Vorteile als Nachteile verbunden. Die Konferenz der Alliierten sei nach reiflicher Überlegung zu dem Schluß gekommen, daß es das Beste sei, die Türken in Konstantinopel zu lassen.

Zusammenstöße zwischen Streikenden und rumänischen Militär.

Bukarest, 27. Februar. (Z. U.) Hier fanden blutige Zusammenstöße zwischen den streikenden Straßenbahnern und den Truppen statt. Zahlreiche Verhaftungen erfolgten; viele Personen erlitten Verletzungen.

Keine Verbannung des Ex-Kaisers?

Amsterdam, 27. Februar. Naamenc Handelsblad meldet, der holländische Minister des Auswärtigen Carnébeek habe dem Reichsminister der Chicago Daily News mitgeteilt, daß die holländische Regierung nicht die Absicht habe, den vormaligen deutschen Kaiser nach einer Kolonie zu bringen, jedoch besondere Anordnungen für seine Überwachung treffen wolle. Carnébeek sagte, die niederländische Antwortnote werde nicht vor Beginn der nächsten Woche abgefaßt werden.

Bankrott.

II.

Die Inflation wuchs ungeheuerlich infolge der unklugen Finanzpolitik während des Krieges. Der Gegensatz zwischen sinkender Produktion und wachsendem nominellem Geldreichtum hätte abgemildert werden können durch eine zweckmäßige Kriegsteuerpolitik, die einen Teil des sich bei den Privatwirtschaften aufhäufenden Geldreichtums für die Zwecke des Staates konfiszliert und damit einen Teil der Inflation vernichtet hätte, wie das in England geschah, wo von 100 Milliarden Mark Kriegbedarf während des Krieges 50 Milliarden Mark durch Steuern aufgebracht worden sind. Es ist das „Verdienst“ Selffers, daß er sich als Reichsfinanzminister einer einschneidenden Steuerpolitik widersetzt und die Anleihepolitik durchgesetzt hat. Sein Scharfsinn um alles oder nichts, dessen beide Alternativen nur sein konnten: Niederwerfung der Gegner, Kriegsschädigung oder Bankrott, hat die Inflation ins fabelhafte wachsen lassen und hat gleichzeitig die Massenäußerung über die Wirkungen des Krieges befördert und damit den Krieg bis zum Weltfrieden verlängern helfen. Wenn er sich während des Erzberger-Selffersprozesses gerührt hat, daß es ihm zu danken sei, daß der Zusammenbruch nicht Jahre früher erfolgt sei, daß er also durch die Verschleierung des Zusammenbruchs den Krieg bis zum wirklichen Bankrott hinausschieben habe, so ist das wirklich ein trauriger Ruf, den ihm vielleicht ein sozialistisches Gericht als Verdienst anrechnen mag, über die ein sozialistisch-revolutionäres Tribunal oder ganz anders urteilen würde.

Die Folge dieser Verhältnisse war die Preissteigerung. Eine abnehmende Geldmenge stand einer zunehmenden Papiergeldmenge gegenüber. Das Reich war zur reinen Papierwährung übergegangen, der Versuch, das Verhältnis zwischen Gold und Papier zu stabilisieren durch das einfache staatliche Verbot, einen Aufschlag auf Gold zu zahlen, war rasch zusammengebrochen, das Gold aus der Zirkulation verschwunden, durch das schlechtere Papiergeld verdrängt. Unter diesen Verhältnissen wurde der Wert des umlaufenden Papiergeldes bestimmt durch die umlaufende Warenmenge. Der Wert des Geldes fiel und die Preise stiegen. In dem Entzweiten über finanzielle Maßnahmen zum Abbau der Preise, dem Reichsfinanzministerium erstattet von Professor Dr. W. Prion (unter dem Titel „Inflation und Geldentwertung“ erschienen bei J. Springer-Berlin), heißt es über die Ursachen der Preissteigerung:

Der Konsumivkredit des Reiches ist die letzte Ursache der Inflation. . . . Für diese Tatsache spricht allein die unüßliche Kriegsbauer, während welcher die Arbeit von Millionen von Händen nicht dem volkswirtschaftlichen Bedarf des Landes zuzurechnen, sondern von den Kriegshandlangern veräußert worden ist. Gleichartig sind die Anrechte zahlreicher Einzelwirtschaften auf den Kauf von Gütern, in deren Kaufkraft gestiegen, woraus sich das für die Preisbildung entscheidende Mißverhältnis ergeben muß.“ (S. 58/59.)

Das ist vorsichtig ausgedrückt, um nicht das direkte Verhältnis zwischen dem Wert der Warenmenge und dem Wert der Geldmenge festzustellen und damit die Gültigkeit der Quantitätstheorie in diesem Falle zuzugestehen, zeigt aber klar genug die Ursache der Preissteigerung.

Bei den Besitzern des Papiergeldes setzte nun, je mehr die Geldentwertung voranschritt, immer stärker das Bestreben ein, das Papiergeld umzusetzen in materielle greifbare Werte. Eine Jagd nach Häusern, Landbesitz, Kunstgegenständen, Luxuswaren setzte ein. Die spekulativen Köpfe in Industrie und Handel setzten nach dem Grundsatz: „Geld ist nichts, Material ist alles“, ihr Papier in reelle Werte um. Damit aber trat keineswegs eine Abmilderung der Inflation ein, nur ein Stellenwechsel des Papiergeldes, das aus der Hand des Käufers in die Hand des Verkäufers überging; denn damit die Anlage des Papiergeldes in Sachwerte erfolgen konnte, war es notwendig, daß den Käufers Verkäufer gegenübertraten, die das Papier nahmen und Sachwerte dafür gaben, entweder weil sie flüssige Mittel brauchten, oder weil sie auf eine kommende Erhöhung des Geldwerts spekulierten, oder weil sie es vorzogen — die ganz Vorichtigen —, mit flüssigen Mitteln versehen den deutschen Staat von der Rufen zu schüteln. Auch die Anlage des Papiergeldes in Effekten, Dividendenpapieren, älteren Staatsanleihen usw., sowie die Abstoßung von Hypothekenschulden usw. mit Hilfe des Papiergeldes dessen gesunkenen Wert die Schuldenablösung zum Vorteil der Schuldners, zum Nachteil des Gläubigers erleichterte, bedeutete nun einen Besitzwechsel des Geldes, keine Eindämmung der Inflation.

Gewerkschaftspaltung um jeden Preis.

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Nachdem die U.-S.-P.-Fraktion der Groß-Berliner Gewerkschaften im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand des U.-S.-P.-Bereins Berlin beschlossen hat, gemäß den Richtlinien des Gewerkschaftsbundes auf die Aufstellung von Parteiklassen zu den Betriebsrätewahlen zu verzichten und für die Aufstellung feingewerkschaftlicher Listen einzutreten, erklären der Vorstand der Bezirksorganisations-Groß-Berliner S. P. D. und der Volksrat der S.-P.-D.-Arbeiterräte Groß-Berlins in einem Aufruf, daß man diesen Worten nicht trauen dürfe: „Betriebsrätewahlen nach den Richtlinien des Gewerkschaftsbundes können nur geleitet werden von Gewerkschaften, die selbst auf diesem Boden stehen, das ist aber bei denjenigen Berliner Gewerkschaften nicht der Fall, in denen Unabhängige und Kommunisten die Herrschaft in der Hand haben. . . . Die Leiter dieser Gewerkschaften fühlen sich auch nicht als Vertreter aller Mitglieder, sondern nur als Vertreter ihrer Partei.“

Es wird dazu erklärt, daß die Unabhängigen tatsächlich nur ihre „revolutionären“ Listen unter der Firma der Gewerkschaften aufstellen wollten. Das läßt vor allem auch darin zum Ausdruck, daß von ihnen gefordert wird, um den Plan des Gewerkschaftsbundes zu untergraben, nur solche Personen in die Betriebsräte zu wählen, die Gegner der Arbeitsgemeinschaften seien, für den Ausbau der Rätekommune als Kampfmittel zur Beseitigung des kapitalistischen Systems eintreten usw. Es sei also dreifacher Schwindel, wenn die unabhängigen Gewerkschaftsvorstände auf dem Boden der Richtlinien des Gewerkschaftsbundes zu treten vorgäben. In Wirklichkeit wollten sie ihre bisherigen Pläne ausführen. „Diese Taktik ist es zu durchkreuzen. Im vollkommenen sachlichen Einklang mit den Richtlinien des Gewerkschaftsbundes bleiben wir daher auf unserem Beschluß, daß die Anhänger der S. P. D. in jedem Betriebe mit selbständigen, wahrhaft gewerkschaftlichen Listen bei den Betriebsrätewahlen vorzugehen haben, bestehen.“

Dieser Beschluß der Rechtssozialisten zeigt klar, wo die Gewerkschaftspaltung liegt. Wo ihnen die Richtung der Mehrheit in den Gewerkschaften nicht paßt, da verlegen sich die Rechtsler frumm auf die Spaltung.

Die „Ordnungs“-Mörder in Ungarn.

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Dem Vester Lloyd zufolge werden insgesamt zur Zeit in Budapest noch 100 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei vermißt, von denen man annimmt, daß sie von den Gegenrevolutionären ermordet worden sind. Unter den Vermissten befindet sich der Parteisekretär Cserwenia, sowie der Sekretär des Eisenbahnerverbandes.

Bezeichnend ist das Schweigen der bürgerlichen Presse Deutschlands. Die Leipziger Neuesten Nachrichten, die nie genug über die Greuel der Revolutionäre zeteren können, verschweigen standhaft und